



STELLUNGNAHME zum Antrag		Vorlage Nr.:	2017/0698	
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion		Verantwortlich:	Dez. 1	
Unterzeichnung des Vertrages über ein Verbot von Atomwaffen				
Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	12.12.2017	28	x	

Kurzfassung

Die Verwaltung sieht es als vorrangiges Ziel an, die Mitgliedschaft im Netzwerk „Mayors for Peace“ aktiv und kontinuierlich zu nutzen, um die Karlsruher Bürgerinnen und Bürger auf die Risiken von Atomwaffen aufmerksam zu machen und für die Forderung nach einem weltweiten „Atomwaffen-Verbot“ zu sensibilisieren. Im Verbund mit den deutschen „Mayors for Peace“-Städten – und unter der Leitung der Stadt Hannover – werden weitere Maßnahmen gegenüber der Bundesregierung unterstützt. Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen wird daher von der Verwaltung nur eingeschränkt unterstützt.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages (bitte ankreuzen)		☒	☐	☐	☐	ja
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt			Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
Haushaltsmittel stehen Wählen Sie ein Element aus. Kontierungsobjekt: Wählen Sie ein Element aus. Ergänzende Erläuterungen:						
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant	☒	☐	☐	☒	Handlungsfeld: Wählen Sie ein Element aus.	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	☒	☐	☐	☒	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	☒	☐	☐	☒	abgestimmt mit	

„Mayors for Peace“ wurde 1982 von dem Bürgermeister von Hiroshima gegründet. Zusammen mit Nagasaki hat es sich Hiroshima zur Aufgabe gemacht, die Erfahrungen der Opfer der Atombomben und ihren Wunsch nach Frieden in der Welt zu verbreiten. Aus der grundlegenden Überlegung heraus, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind, versucht die unabhängige Nichtregierungsorganisation durch Aktionen und Kampagnen die weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und deren Abschaffung zu erreichen. Die deutsche Sektion von „Mayors for Peace“ wird von der Stadt Hannover geleitet.

Der offizielle Flaggtag der Organisation ist jährlich der 8. Juli. Er erinnert an ein Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes vom 8. Juli 1996, wonach der Einsatz von Atomwaffen gegen internationales Recht und gegen Prinzipien des humanitären Völkerrechts verstößt. Gegenwärtig sind rund 7.000 Städte aus 160 Ländern als Mitglieder registriert.

Das Bündnis „Mayors for Peace“ bietet der Stadt Karlsruhe die Möglichkeit in dieser wichtigen Zukunftsfrage auf lokaler Ebene klar Position zu beziehen und durch ihr Engagement die Karlsruher Bürgerinnen und Bürger für die Risiken der Atomwaffen zu sensibilisieren. Darin sieht die Verwaltung das primäre Ziel und den Mehrwert der Organisation „Mayors for Peace“. Ohne eine breite Zustimmung in der Bevölkerung wird es nicht gelingen, auf Bundesebene Einfluss zu nehmen.

Seit ihrem Beitritt im Oktober 2014 ist die Stadt Karlsruhe in jedem Jahr, zumeist öffentlichkeitswirksam, tätig geworden. Die Verwaltung spricht sich dafür aus, sich weiterhin jährlich auf lokaler Ebene zu engagieren. Die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, insbesondere mit dem Karlsruher Friedensbündnis, soll deren Engagement in der Bürgerschaft sichtbar machen und Wertschätzung ausdrücken. Zivilgesellschaftliche Akteure schlagen eine Brücke zu den Bürgerinnen und Bürgern und sind als Multiplikatoren für die Streuung von Informationen und für die Sensibilisierung der Karlsruher Bürgerschaft wichtige Partner.

Demgegenüber organisiert die Stadt Hannover – in ihrer Position als „Lead City“ der deutschen Sektion von „Mayors for Peace“ – alle bundesweiten Aktivitäten; dazu gehören auch die Lobbying-Aktivitäten gegenüber der Bundesregierung. Die Verwaltung erachtet diese politischen Aktivitäten des Netzwerks für gesellschafts- und global-politisch sinnvoll und notwendig. Im Verbund mit den deutschen „Mayors for Peace“-Städten wird die Stadtverwaltung daher auch weiterhin alle Aktivitäten unterstützen und umsetzen, sofern es die finanziellen und personellen Kapazitäten erlauben.